



Mareike Baum

SPD-Fraktion Ratekau

Ratekau, den 27. August 2020

Herrn Andreas Meyer
Vorsitzenden des UNEB der Gemeinde Ratekau

Durchschriftlich Herrn Bürgermeister Thomas Keller

Antrag der SPD-Fraktion für die Sitzung des UNEB am 3. September 2020

Sehr geehrter Herr Meyer,

die SPD-Fraktion bittet darum, den Punkt „**8.3. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 69**“ auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des UNEB zu ergänzen und stellt zu diesem Punkt folgenden

Antrag:


1. Bei dem Bauvorhaben auf dem ehemaligen IGS Gelände (Bebauungsplan Nr. 69) werden im Bereich der Baufenster für Mehrfamilienhäuser oder besondere Bebauung, mindestens 30 % der Wohnfläche dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Benannt sind die Baufenster als WA – 3 in der Planzeichnung.
2. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus kann sich aus einem Mix aus erstem und zweiten Förderweg zusammensetzen oder auch ausschliesslich den ersten oder den zweiten Förderweg beinhalten.
3. Eine Abweichung von einer 30%igen Förderquote ist nur dann möglich, wenn ein Investor die Umsetzung einer alternativen Wohnform wie z.B. generationenübergreifendes Wohnen, Demenz – WG, Inklusive Wohnformen oder Vergleichbares anstrebt. Die entsprechenden Konzepte sind den politischen Gremien vorzustellen und müssen durch eine politische Beschlussfassung bestätigt werden.

Begründung:

Preisgünstiger und bezahlbarer Wohnraum wird in der Gemeinde Ratekau dringend benötigt. Menschen, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind oder zu den Geringverdienern gehören, können sich das Wohnen in unserer Gemeinde sonst bald nicht mehr leisten.

Dorfstraße 91
23611 Sereetz
Mobil: 0176/83178221
E-Mail: mareikebaum@gmx.de





Es ist eine gute Entwicklung, dass unsere Gemeinde als Wohnort für viele Menschen attraktiv ist und wächst. Auch sehen wir es als positiv an, dass an vielen Stellen in der Gemeinde neue Bauprojekte ermöglicht werden. Aber bei vielen der neu geschaffenen Wohneinheiten handelt es sich um Eigentumsbebauung oder hochpreisige Mietwohnungen.

Wir müssen uns als Gemeinde darauf vorbereiten, dass in Zukunft mehr Wohnungen aus der Sozialbindung fallen werden als dass neue entstehen. Die Politik ist deshalb gefordert. Wir setzen uns dafür ein, dass ein möglichst hoher Anteil geförderter Wohnraum in unserer Gemeinde entsteht.

Die Diskussion um eine Quote und deren Ausgestaltung wurde nun bereits einige Wochen geführt. Eine Mindestquote von 30% Förderung im ersten und zweiten Förderweg sollte aus unserer Sicht aber für den Mehrfamilienhausbau auf dem Gelände des Bebauungsplanes Nr. 69 zum jetzigen Zeitpunkt mehrheitsfähig sein.

Mit freundlichen Grüßen



Mareike Baum
Vorsitzende der SPD - Fraktion